

Pressemitteilung

Lebenswertes Klein-Borstel e.V. bedauert die weiterhin fehlende Dialogbereitschaft der Sozialbehörde

Gewaltenteilung ist auch in Krisenzeiten eines der Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung

Hamburg, 3. November 2015. Lebenswertes Klein-Borstel e.V. bedauert die Entscheidung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), das Gesprächsangebot der Kläger weiterhin nicht anzunehmen. „Wir bezweifeln, dass die BASFI mit der Entscheidung für die Beschwerde und die Änderung des Bebauungsplans den schnellsten Weg gewählt hat, um den Flüchtlingen zu helfen. Hätte sie das Gesprächsangebot angenommen, hätte sie festgestellt, dass hier in Klein Borstel keine Totalverweigerer wohnen, sondern Menschen, denen die Sorgen und Nöte der Flüchtlinge nicht gleichgültig sind. Wir wollen an einer gebietsverträglichen Lösung im Interesse der Flüchtlinge und Anwohner mitarbeiten.“ sagt Christoph Hütteroth, ein Mitglied des Vorstands von Lebenswertes Klein-Borstel e.V.

Wenn die Regierungsfractionen jetzt verlangen, dass in dieser akuten Notlage alle Gewalten in unserem Staat, Legislative, Exekutive und Judikative, gleichermaßen Verantwortung tragen (Pressemitteilung vom 29.10.2015) offenbart das ein zweifelhaftes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Auch in der aktuellen Flüchtlingskrise bleibt es Aufgabe der Legislative, die Gesetze zu beschließen, der Exekutive, diese auszuführen und der Gerichte, sie unabhängig, ohne Ansehung der Person und ohne Rücksicht auf die Wunschvorstellungen der Politiker anzuwenden.

Die Regierungsfractionen gehen jedoch noch weiter. Sie behaupten, das Verwaltungsgericht habe in seinem Beschluss zu Klein Borstel die Baurechtserleichterung mit „Zweifeln und Hürden“ belegt, woran sich zeige, dass der Ernst der Lage noch nicht allen bewusst sei. Lebenswertes Klein-Borstel e.V. hat keinen Zweifel, dass sich das Verwaltungsgericht der Bedeutung und Tragweite seiner Entscheidung bewusst war. Jedem, der die Begründung der Entscheidung gelesen hat, dürfte klar sein, wie viel sorgfältige Arbeit in der Entscheidung steckt.

„Der rot-grüne Senat schafft an vielen Stellen Hamburgs Massenunterkünfte, in denen nach Ansicht von Flüchtlingshilfeorganisationen und Soziologen eine Integration der Flüchtlinge nicht möglich sein wird. Zudem wird Bürgerbeteiligung immer häufiger durch Bürgerinformation ersetzt. Es ist nachvollziehbar, dass dagegen immer mehr Bürger aufbegehren. Der Senat sollte die Entscheidungen der Gerichte respektieren und zum Anlass nehmen, seine Strategie zu überdenken. Langfristig werden sich Investitionen in kleinere Einrichtungen und eine Beteiligung der Bürger mehrfach bezahlt machen.“ so Hütteroth.

Die zitierte Pressemitteilung der Regierungsfractionen ist hier veröffentlicht:

<http://www.gruene-fraktion-hamburg.de/fluechtlinge-soziales-stadtentwicklung/29-10-2015/alle-gewalten-unserem-staat-tragen-verantwortung>

Besonders hinweisen möchten wir auf das auf Zeit Online veröffentlichte Interview mit dem Soziologen Prof. em. Dr. Jürgen Friedrichs mit dem Titel: „Flüchtlingsunterbringung – Wir wissen, dass es falsch ist.“

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/fluechtlinge-unterkunft-staedtebau-interview/>

Der Verein Lebenswertes Klein-Borstel e.V. wurde im September 2015 gegründet, nachdem die Pläne zur Errichtung einer Obdachlosen- und Flüchtlingseinrichtung im Anzuchtgarten in Klein-Borstel bekannt wurden. Der Zweck des Vereins ist der Erhalt und die Bewahrung und maßvolle Entwicklung des Ortsteils Klein-Borstel als lebenswertes, familienorientiertes, naturnahes Wohn-Quartier am nördlichen Rand des Friedhofs Ohlsdorf. Der Verein hat über 200 Mitglieder. Auf seiner Home-Page www.lebenswertes-klein-borstel.de informiert er über sein Anliegen.

Lebenswertes Klein-Borstel e.V.

Vorsitzender: Olaf Peter

info@lebenswertes-klein-borstel.de

www.lebenswertes-klein-borstel.de